

festen Ueberzeugung, wenn nicht einerseits volkswirthschaftliche Nachtheile herbeigeführt werden und andererseits ein ganz ungerechtfertigtes und schädliches Mißtrauen in weite Kreise getragen werden soll. Aber nach den Erklärungen des Herrn Dr. Heine und einflußreicher Mitglieder der Finanzdeputation ziehe ich meinen Antrag auf Verweisung des Dr. Heine'schen Antrags an die Finanzdeputation A zurück.

Abg. Scheller: Meine Herren! Die vorliegende Frage, welche ich für eine der wichtigsten halte, wird wenig gefördert werden, wenn sich auch die Kammer oder eine Deputation noch länger damit beschäftigt. Für mich kommt es hauptsächlich darauf an, welchen Standpunkt die Regierung dabei vertritt und insbesondere bei den Erörterungen, die jetzt in Berlin gepflogen werden, einnimmt. Es handelt sich hier um dreierlei Interessen; wir haben die Interessen der Staatsbahnen, die Interessen der Privatbahnen und die Interessen Derjenigen, die den Verkehr überhaupt unterhalten, das Publicum. Jeder will aus diesem Verkehr Nutzen ziehen. Es muß also ein Weg gefunden werden, daß der Nutzen ein solcher wird, der nach keiner Seite außer Verhältnis ist. Ich würde sehr dankbar sein, wenn ich von der Regierung die Grundsätze hören könnte, die sie bei der Tarifcommission jetzt verfolgt.

(Weiterkeit.)

Staatsminister Freiherr von Könneritz: Meine Herren! Da der vorliegende Antrag entweder an die Deputation oder zur Schlußberathung verwiesen werden dürfte, halte ich es für richtiger, heute nicht eingehend auf die Fragen einzugehen, welche der Herr Abg. Scheller an mich gestellt hat; denn um diese Fragen ausführlich zu beantworten, bedarf es einer gründlichen Vorbereitung und eines umfangreichen Materials, welches ich nicht zur Hand habe, da ich nicht voraussetzen konnte, daß die Debatte diese Wendung nehmen würde. Im Allgemeinen kann es der Regierung nur erwünscht sein, wenn in Eisenbahnsachen mehr Klarheit in das Publicum bringt. Aber darauf erlaube ich mir schon jetzt aufmerksam zu machen, daß, wenn der Herr Antragsteller über diejenigen Punkte, welche ihm am meisten auf dem Herzen liegen, eine Auskunft von der Regierung noch auf diesem Landtage zu erhalten wünscht, jedenfalls der Antrag in der Schlußberathung vollständig umgearbeitet werden muß; denn das kann ich schon heute erklären, daß die Regierung gar nicht in der Lage wäre, den

Antrag, wie er vorliegt, auf diesem Landtage noch zu beantworten. (Sehr richtig! Weiterkeit.)

Die Fragen, die gestellt sind, sind so außerordentlich weitgehend und verlangen zu ihrer Beantwortung so umfangreiche Vorarbeiten, daß eine größere Anzahl Beamte Monate lang Auszüge und Berechnungen aufstellen müßten, ehe eine Auskunft gegeben werden könnte. Wünscht, wie mir scheint, der Herr Antragsteller hauptsächlich, daß über die Grundsätze, auf welche die Einstellung und Höhe der Expeditionsgebühren sich gründen, von der Regierung Auskunft gegeben werde, so muß der Antrag eine entsprechende Beschränkung erfahren. Ueber bestimmte Punkte läßt sich eine Auskunft in verhältnißmäßig kürzerer Zeit ertheilen; über allgemein gehaltene Anträge aber müßte ein Buch geschrieben werden, noch stärker als dasjenige, welches der Herr Abg. Dr. Heine erst in der Hand hatte.

(Weiterkeit.)

Präsident Haberkorn: Es hat Niemand weiter das Wort begehrt; ich schließe die Debatte. Ich frage die Kammer:

„ob sie den Antrag der Abgg. Dr. Heine und Genossen zur Schlußberathung bringen will?“

Es erfolgt kein Widerspruch.

Die nächste Sitzung beraume ich auf Donnerstag Mittag 12 Uhr an und setze auf die Tagesordnung:

1. Schlußberathung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation (Abtheilung A) über Cap. 4 und 5 der Zuschüsse des Staatshaushaltsetats auf die Finanzperiode 1880 und 1881 (Drucksache Nr. 58);
2. desgleichen über den mündlichen Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Vereins sächsischer Gemeindebeamten, Friedrich Wilhelm Behr und Genossen, um Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Civilstaatsbedienten in Bezug auf die Pensionsverhältnisse (Drucksache Nr. 48);
3. desgleichen über die Anzeige derselben Deputation über die Petition von Gewerbetreibenden der Stadt Pegau und Umgegend (Drucksache Nr. 50);
4. desgleichen über den Bericht derselben Deputation über die Petition des Emeritus Friedrich August Schmidt in Großröhrsdorf um Erhöhung der Lehrerpensionen, beziehungsweise Abänderung des Lehrerpensionsgesetzes (Drucksache Nr. 51).

Die heutige Sitzung ist beendet.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 25 Minuten.)

Redacteur: Commissionrath Reinhold. — Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Letzte Absendung zur Post: am 19. December 1879.